

## Kunden heben Gelder ab

# EU genehmigt bulgarische Staatshilfe für Bankensektor

30. Juni 2014



Kunden warten vor einer Filiale der bulgarischen First Investment Bank.  
(Bild: Reuters / Stoyan Nenov)

(Reuters) Die EU-Kommission hat grünes Licht für staatliche Hilfen für das möglicherweise von Kriminellen attackierte bulgarische Bankensystem gegeben. Die Europäische Kommission teilte am Montag mit, man werde der Bitte Bulgariens nach Verlängerung einer Kreditlinie über umgerechnet rund 1,7 Mrd. € nachkommen. Diese Massnahme sei «angemessen» und notwendig, um in der derzeitigen Lage das Bankensystem mit genügend Liquidität zu versorgen. Das Geld fliesse vorsorglich, um das Finanzsystem zu stabilisieren. An sich seien Bulgariens Banken gut mit Kapital ausgestattet verglichen mit anderen Ländern in der EU.

In Bulgarien war es zu einem Kundenansturm auf zwei grosse Banken des Landes gekommen, nachdem ein möglicher Angriff auf die Bankenbranche bekannt geworden war. Nach Angaben von Regierung und Notenbank wollten Kriminelle mit über Internet und SMS-Botschaften verbreiteten Falschinformationen die Bürger dazu bewegen, ihr Geld abzuheben. Und tatsächlich taten dies Kunden der First Investment Bank und der Corporate Commercial Bank (Corpbank) in Scharen. Die Zentralbank übernahm daraufhin die Kontrolle über die Corpbank. Am Montag bildeten sich erneut lange Schlangen vor Bankautomaten und Schaltern.

Der Präsident des Landes, Rossen Plewneliew, gab am Sonntag nach einem Treffen mit Vertretern der Parteien, der Zentralbank und dem Finanzminister eine Garantie für die

Sparguthaben ab. Die Institute würden ihren normalen Betrieb aufrechterhalten. Plewneliew sagte, bei der Verfolgung der Verantwortlichen müssten die Gesetze voll ausgeschöpft werden. Die Banken seien stabil, würden gut beaufsichtigt und verfügten über genügend Kapital. «Es gibt keine Bankenkrise», sagte er. Das Staatsoberhaupt räumte allerdings ein, dass es eine Vertrauenskrise gebe. Die nationale Sicherheitsbehörde nahm nach eigenen Angaben fünf Verdächtige wegen des Falls fest. Einer von ihnen sei wieder freigelassen worden.

Obwohl Bulgarien eines der ärmsten EU-Länder ist und Probleme mit Korruption und Vetterwirtschaft hat, gilt das Finanzsystem als stabil. Die Vorgänge im Bankensystem treffen das Land allerdings in einer politisch ohnehin schwierigen Lage. Die von den Sozialisten geführte Regierung hat einen baldigen Rücktritt angekündigt. Termin für eine vorgezogene Parlamentswahl ist der 5. Oktober. Plewneliew kündigte nun an, das Parlament aufzulösen und am 6. August eine Übergangsregierung einzusetzen.